

Der Kreistag verabschiedet folgende Resolution:

Der Kreistag des Rhein-Sieg Kreises fordert die Bundes- und Landesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass kommunale Abfälle zu einem späteren Zeitpunkt als 2023 und zu einem innerhalb der EU einheitlich abgestimmten Zeitpunkt in den CO2-Emissionshandel einbezogen werden.

So soll den Kommunen und Gebührenzahlenden, aber auch den Anlagenbetreibern ein Aufschub gewährt werden, um wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Bundes- und Landesregierung werden daher dazu aufgefordert, die 2. Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) zum 01.01.2023 zu verschieben und sich dafür einzusetzen, dass kommunale Abfälle zu einem späteren, innerhalb der Europäischen Union einheitlich abgestimmten Zeitpunkt, in den CO2-Emissionshandel einbezogen werden.